

Newsletter 01/2022

Erbschaft für alle als Maßnahme gegen soziale Ungleichheit?

+++Erbschaft für alle – Grunderbe hilft gegen soziale Ungleichheit+++Knöllchen statt Steuerfahndung+++Der neue Finanzminister und eine Rechnung, die nicht aufgeht+++OECD und EU Details zur Mindeststeuer (Pillar 2) öffentlich+++Mehreinnahmen ohne OECD-Reform – Nigeria macht es vor+++Verdächtiges Vermögen beschlagnahmen – aber richtig+++

Newsletter – Januar 2022

Neue Impulse für die Steuergerechtigkeit 2022 – das brauchen wir dringender denn je in einer Zeit, in der die Ungleichheit sowohl in Deutschland als auch global zunimmt und die Pandemie die Gesellschaft lähmt! Ein Grunderbe für alle, finanziert durch eine Reform der Erbschaftssteuer? Warum nicht! Es wäre ein erster Schritt auf dem langen Weg zum Abbau der Privilegien jahrhundertalter Vermögen in Deutschland. Und auch auf globaler Ebene ist es Zeit Steuergerechtigkeit neu zu denken: Das Bankgeheimnis ist überwunden, Transparenzregister und länderbezogene Berichterstattung im Kommen und die Mustervorschriften für eine globale Mindeststeuer liegen vor. Aber Steueroasen und Schattenfinanz sind noch lange nicht am Ende. Wir sind gespannt auf das was kommt! Gemeinsam mit den engagierten Partnerorganisationen unseres Netzwerks, dem Team in unserer Geschäftsstelle, das sich durch unsere neue Kollegin Julia verstärkt hat und einer wachsenden Anzahl an Unterstützer*innen, denen Steuergerechtigkeit ein Herzensthema ist. Viel Spaß beim Lesen unseres Newsletters!

Christoph, David, Julia und Yannick

Vermögen, Erbschaften, hohe Einkommen

Erbschaft für alle – Grunderbe hilft gegen soziale Ungleichheit

Die ungleiche Vermögensverteilung in Deutschland bedeutet selbstredend auch ungleiche Startchancen für junge Menschen. Ein Einmal-Geschenk vom Staat zum 18. Geburtstag könnte für bessere Startbedingungen sorgen und gleichzeitig wachsende Ungleichheit bekämpfen, so das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). In einer [Studie](#) rechnet das DIW vor, wie ein Grunderbe die Vermögensungleichheit verringern würde.

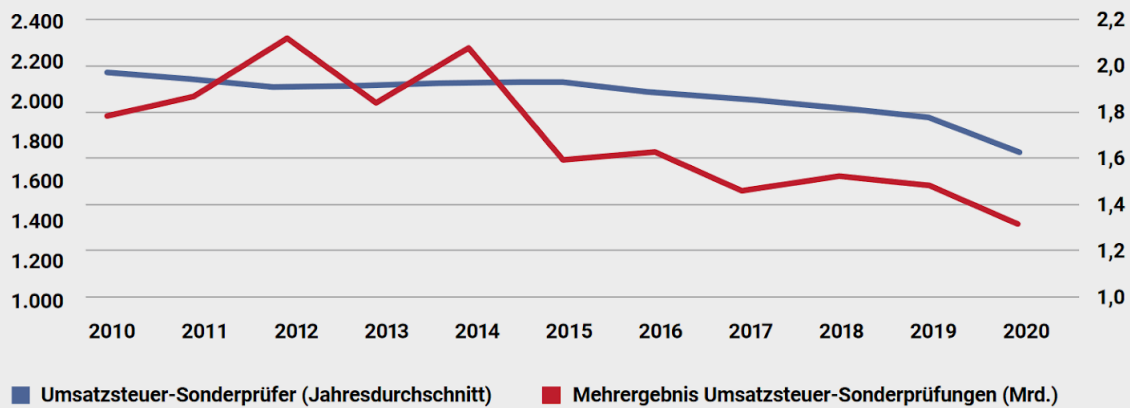
In der Berechnung bekommen alle 18-Jährigen ein Startkapital von 20.000 Euro vom Staat geschenkt – Kosten etwa: 15 Milliarden Euro pro Jahr. Finanziert werden sollte das Grunderbe durch eine vermögensbezogene Steuer – etwa durch eine Reform der Erbschaftsteuer oder eine Steuer auf hohe Vermögen. Diese Form der Umverteilung könnte den Gini-Koeffizienten, das Standardmaß für die Ungleichheit – um bis zu sieben Prozent senken, so das Ergebnis der Studie. Das Startkapital soll dabei nicht direkt ausgezahlt, sondern für Aus- und Weiterbildung, Erwerb von Wohneigentum, Selbstständigkeit oder Unternehmensgründungen abgerufen werden können. Ein solches Grunderbe könnte laut Stefan Bach, Autor der Studie, helfen eine Erhöhung der bei vielen so unbeliebten Erbschaftssteuer (obwohl sie doch die wenigsten zahlen müssten) zu vermitteln. Diese Ergebnisse dürften die Stiftung [Ein Erbe für Jeden – Chancengleichheit](#) freuen. Die Stiftung setzt sich bereits seit 2010 für die Idee des Grunderbes ein. 2022 sollen erstmals jeweils 20.000 Euro an drei 30-Jährige verlost werden.

Steuerverwaltung und Cum-Ex

Knöllchen statt Steuerfahndung

Deutschlandweit gibt es achtmal so viele knöllchenverteilende Parkraumwächter wie Steuerfahnder. Viel lässt sich daran auf Seite der Steuerfahndung auch nicht ändern, denn es gibt in Deutschland eine Obergrenze für Steuerfahnder von lediglich 2.987,5 Vollzeitäquivalenten. Das zeigt, wie verschoben die Prioritäten für das Personal der öffentlichen Hand sind – mit Fokus auf kleine Verstöße, während Schwarzgeldkonten und missbräuchliche Steuergestaltungen am Aktienmarkt mit Unterbesetzung bekämpft werden. Die niedrige Personenzahl bei Steuerfahndern ist jedoch nur eins von mehreren Problemen der deutschen Finanzverwaltung.

In einer neuen Studie [“Nie wieder Cum-Ex. Wie die Steuerverwaltung in Deutschland schlagkräftiger und gerechter werden kann”](#) beleuchten wir zunächst die Geschichte und den Aufbau der deutschen Steuerverwaltung, die beide von dem deutschen Finanzföderalismus geprägt sind. Im Anschluss beschäftigen wir uns detailliert mit den Ausstattungsproblemen der Steuerbehörden, sowohl in Bezug auf IT-Systeme als auch Personal. So sinkt die Zahl der Finanzbeamten in Kernbereichen wie der Betriebsprüfung ebenso wie die Gesamtzahl an Finanzbeamten, die in den Länderverwaltungen angestellt sind, seit Jahren. Gründe sind, dass die von den Ländern selbst errechneten Personalbedarfe nicht ausreichend finanziert werden und ausgeschriebene Stellen mangels Nachwuchs unbesetzt bleiben. Damit einher gehen sinkende Prüfquoten und Mehrergebnisse in Milliardenhöhe, hier als Beispiel die Entwicklung bei Umsatzsteuer-Sonderprüfungen:



Grafik 7: Zahl der Umsatzsteuer-Sonderprüfer und Mehrergebnis 2010 bis 2020

Wie jeden Monat zudem ein Update zur Aufarbeitung von Cum-Ex: Im dritten Strafprozess am Landgericht Bonn hat der erste Banker der Hamburger Warburg-Bank [gestanden](#) – einen Tag nachdem der Vorsitzende Richter überdeutlich gemacht hatte, dass er dessen Aussagen vor Gericht nicht den geringsten Glauben schenkt. Der Untersuchungsausschuss in Hamburg krankt währenddessen weiterhin an fehlenden Akten. So [stellte sich eher zufällig heraus](#), dass die Hamburger Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen Olaf Scholz geprüft hatte – Akten und Informationen dazu jedoch dem Ausschuss vorenthalten hatte.

Weitere Nachrichten:

- **Urteil gegen UBS von französischem Berufungsgericht bestätigt, Strafe sinkt von 4,5 auf 1,8 Milliarden Euro:** UBS wurde verurteilt zwischen 2004 und 2012 Kundengelder von etwa 10 Milliarden angeworben und die [Steuerhinterziehung verschleiert](#) zu haben. Weil sie sich an der Höhe der hinterzogenen Steuern (und nicht der unversteuerten Kundengelder) orientieren soll, sank die Strafe von 3,7 auf 1 Milliarde Euro zusätzlich zum Schadenersatz von 800 Millionen Euro. Eine letzte Berufung ist noch möglich.
- **Untersuchungsausschuss "Maske" des bayerischen Landtags startet am 14.1.2022.** Passend dazu wurde jetzt bekannt, dass Andrea Tandler ihre Maskenprovision möglicherweise in einer Grünwalder Gesellschaft versteckt und [nicht richtig versteuert hat](#).
- **Steueroase-Internet:** In nur zwei Jahren soll eine [chinesische Influencerin](#) umgerechnet fast 90 Millionen Euro Steuern hinterzogen haben und muss jetzt fast 180 Millionen Euro zahlen.

Im Dezember hat der neue Finanzminister sein Amt angetreten. Gleich zum Jahresbeginn [kündigte er in der Bild am Sonntag an](#), „Menschen und den Mittelstand“ um mehr als 30 Milliarden Euro zu entlasten. Wo genau diese Entlastung stattfinden soll, ließ er offen. Der Ankündigung zufolge sollen die Beiträge zur Rentenversicherung voll von der Steuer absetzbar werden. Das ist allerdings die logische Konsequenz der Umstellung auf eine nachgelagerte Besteuerung und eine Vorgabe des Bundesfinanzhofs ([Urteil aus dem Vorjahr](#)). Es handelt sich also höchstens um einen Vorzieheffekt und nicht um eine echte Entlastung. Außerdem soll die EEG-Umlage auf den Strompreis abgeschafft werden. Diese wurde bereits von der alten Regierung um mehr als 40 Prozent gesenkt. Auch hier handelt es sich aber nicht um eine Entlastung sondern um einen Ausgleich für den steigenden CO₂-Preis. Die neue parlamentarische Staatssekretärin Katja Hessel stellte zudem eine Reihe weiterer kleiner Veränderungen in Aussicht, etwa die Verlängerung der [Homeoffice-Pauschale](#) für Arbeitnehmer, die von zu Hause arbeiten. Durch die Deckelung der Pauschale auf den Höchstbetrag von 600 Euro pro Jahr wirkt sich die Pauschale bei vielen Arbeitnehmern aber gar nicht aus.

Auch bei der Finanzierung der angeblichen Entlastung bleibt der Finanzminister konkrete Vorschläge schuldig. Beim vorgeschlagenen Verzicht auf den geplanten Bau des Regierungsterminals am Berliner Flughafen können lediglich 50 Millionen Euro eingespart werden – deswegen sind alle anderen Minister aufgefordert nach Einsparpotenzial zu suchen. In seiner [Antrittsrede](#) im Ministerium kündigte der neue Minister schließlich an, nicht mehr wie sein Vorgänger für die Holzverarbeitende Industrie zu arbeiten, sondern mit der Digitalisierung endlich ernst zu machen. Bleibt zu hoffen, dass hier – genauso wie bei dem versprochen Steuerunehrlichkeit mit besonderer Vehemenz zu verfolgen – tatsächlich Fortschritte gelingen und nicht hinter dem fünften und persönlichen Anliegen aus der Rede, nämlich den Kapitalmarktsektor zum Wachstumstreiber für Deutschland und EU zu machen, zurückbleibt.

Im [Lebenslauf](#) der neuen Staatssekretärin für Steuern, Zoll und föderale Finanzbeziehungen finden sich neben dem hessischen Finanzministerium eine ganze Reihe von Positionen in Lehre und Privatwirtschaft, u.a. bei den Steuerberatern von Ernst & Young.

Weitere Nachrichten:

- **Die Steuer- und Transfersysteme in Europa haben geringere Umverteilungswirkungen als in den USA**, die Ungleichheit dort wächst jedoch schneller. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle [Studie](#). Wir beschreiben im [Blog Steuergerechtigkeit](#) die Ergebnisse genauer und diskutieren die Methodologie.

Unternehmenssteuern

OECD und EU Details zur Mindeststeuer (Pillar 2) öffentlich

Mit etwas Verspätung hat die OECD kurz vor Weihnachten detaillierte Mustervorschriften für die globale Mindeststeuer (Pillar 2) [veröffentlicht](#). Die EU legte nur zwei Tage später mit einem [Richtlinienentwurf](#) nach. Beide Texte ähneln sich stark und beschreiben auf jeweils ca. 70 Seiten, wie Gewinn und Steuerzahlungen für die Berechnung des effektiven Steuersatzes (Steuern/Gewinn) gemessen werden sollen. Wie so oft liegt der Teufel dabei im Detail und während im US-Senat noch gerungen wird, ob die globale Mindeststeuer überhaupt eine Chance bekommt, läuft die Suche nach Lücken und Umgehungsmodellen weiterhin auf Hochtouren. Ein Beispiel: die aktienbasierte Vergütung bei den großen US-amerikanischen Tech-Konzernen darf weiter vom Gewinn abgezogen werden, erhöht also die Steuerquote trotz geringer Steuerzahlungen.

Über die technischen Details hinaus bringen OECD-Mustervorschriften und EU-Richtlinienentwurf eine interessante Anpassung ins Spiel: Eine qualifizierte nationale Mindeststeuer sorgt dafür, dass der Niedrigsteuerstaat die Mindeststeuerzahlung selbst einbehalten kann und dafür nicht einmal seinen Steuersatz ändern muss. Facebook würde demnach seine niedrig versteuerten Gewinne aus Europa in Irland und nicht in den USA nachversteuern und würde dort dann effektiv 15% Steuern zahlen, selbst wenn der Steuersatz unverändert bei 12,5% bleibt – vorausgesetzt der Trick mit den riesigen Verlustvorträgen aus dem Kauf der immateriellen Güter (CAIA/Green-Jersey) funktioniert bei GLOBE nicht genauso gut wie bei GILTI. Darüber hinaus sollen laut EU-Richtlinienentwurf auch große inländische Unternehmensgruppen von der Mindeststeuer betroffen sein, offenbar um juristische Konflikte zu vermeiden. Mehr dazu auf [unserem Blog](#).

Weitere Nachrichten:

- **Biontech drängt auf Senkung der Gewerbesteuer, Marburger Koalition zerbricht.** Noch vor Weihnachten wurde bekannt, dass Biontech die Stadt Marburg, wo das Unternehmen Impfstoffe produziert, "bittet" trotz steigender Gewinne die Gewerbesteuer zu senken. In einem [offenen Brief](#) protestierten diverse Akteure gegen eine Senkung der Gewerbesteuer. Der dadurch ausgelöste Streit führte sogar zu dem [Ende der Marburger Koalition](#) zwischen Grünen, SPD, Linken und Klimaliste. Nach [unseren Schätzungen](#) kosten deutsche Gewerbesteueroasen den Staat jährlich etwa eine Milliarde Euro. Die Steuerersparnis durch politischen Druck großer Konzerne auf die oft kleine Heimatgemeinde dürfte ein Vielfaches betragen.
- **9.000 Gesellschaften auf 11.000 Einwohner – die Gewerbesteueroase Grünwald bei München.** Wie die Süddeutsche Zeitung [berichtet](#), lockt der Münchner Vorort Grünwald mit einem äußerst niedrigen Gewerbesteuersatz und bietet zudem "virtuelle" bzw. fiktive Firmensitze an. Das macht es den Unternehmen noch leichter ihren Firmensitz in eine Gewerbesteueroase zu verlegen. Eine reine Vortäuschung

des Firmensitzes wäre in vielen Fällen nicht legal, offenbar sind die Steuerbehörden aber überfordert. Reporter von Panorama hatten im letzten Jahr bei einem [Undercover-Selbstversuch](#) in der Gewerbesteuer-Oase Zossen dargelegt, wie einfach es sein kann seinen Firmensitz zu verlegen ohne offenbar Konsequenzen vom Finanzamt fürchten zu müssen.

- **EU Richtlinienentwurf zur Beendigung des Missbrauchs von Briefkastenfirmen.** Die EU-Kommission hat einen [Richtlinienentwurf](#) veröffentlicht, der beabsichtigt den Missbrauch von Briefkastenfirmen zu beenden. Dafür soll folgendes Verfahren eingeführt werden, das die Arbeit für Steuerbehörden erleichtern soll: Wenn ein Unternehmen drei bestimmte Risikokriterien erfüllt, muss es bei der Steuererklärung zusätzliche Informationen z.B. zu seinen Mitarbeitern, Räumlichkeiten, Bankkonten und der steuerlichen Ansässigkeit seiner Geschäftsführer angeben. Erfüllt das Unternehmen mindestens einen Indikator einer weiteren Prüfung nicht, kann es gewisse Steuervorteile verlieren. Der Richtlinienentwurf ist auf grenzüberschreitende Steuervermeidung durch Briefkastenfirmen ausgerichtet.
- **Amazon-Shareholder für mehr Steuertransparenz.** Zwei Amazon-Shareholder haben das Unternehmen dazu [aufgefordert](#) seine Steuerpraktiken gegenüber Investoren offen zu legen und den GRI Transparenzstandard umzusetzen. [Immer mehr Investoren](#) setzen sich für eine transparente und verantwortungsvolle Unternehmensbesteuerung ein und zumindest in der EU wird diese ab 2024 durch das public country-by-country reporting kommen und Amazon dazu verpflichten seine Steuerzahlungen in Luxemburg offen zu legen.

Steuern & Entwicklung

Mehreinnahmen ohne OECD-Reform - Nigeria macht es vor

Auch wenn OECD und EU noch an ihren ehrgeizigen Plänen für die Umsetzung der globalen Unternehmenssteuerreform (BEPS 2.0) festhalten, sorgt die immer noch fehlende Einigung im US-Senat für große Fragezeichen. Während die EU-Kommission schon mit Zusatzeinnahmen für den Haushalt plant und dabei genauso wie die Entwicklungsländer vor allem auf Säule 1 hofft, ist gerade die Neuverteilung von Besteuerungsrechten besonders fraglich. Schließlich geht es dabei nicht zuletzt um die faire Verteilung der Gewinne von Google & Co. die ihren Sitz in den USA haben. Aber selbst wenn die Reform noch irgendwie gelingen sollte, bleibt für die Entwicklungsländer am Ende nicht genug.

Brauchen wir also ein BEPS 3.0? Oder doch eine Rückbesinnung auf Digitalabgaben oder andere Formen der Besteuerung wirtschaftlicher Aktivität? Nigeria macht genau das. Trotz seiner Mitgliedschaft im OECD Inclusive Framework hat das Land das globale Steuerabkommen letztendlich nicht unterzeichnet und plant eine [Digitalabgabe einzuführen](#). Ähnlich wie im Vorschlag des UN-Steuerkommittees (Artikel 12b) soll dabei der steuerpflichtige

Gewinn aus den lokalen Umsätzen und der globalen Rendite abgeleitet werden. Vielleicht muss sich am Ende auch die EU für ihre Eigenmittel auf diese Alternative (rück)besinnen.

Weitere Nachrichten:

- **„Verteilungseffekte der COVID-19-Krise“**
Veröffentlichung des Global Policy Forum. In einem [Briefing](#) zeigt das Global Policy Forum auf, dass die Ungleichheit in und zwischen Staaten mit der Covid-19 Pandemie zunimmt. Arme sind stärker von den Folgen der Pandemie betroffen als Reiche. Auf zwischenstaatlicher Ebene sind sowohl bei der Einkommensungleichheit als auch bei der Vermögensungleichheit Anstiege zu erkennen. Laut einer Schweizer Studie nimmt die Ungleichheit auch in Deutschland zu. Hier befinden sich [europaweit die meisten Millionäre](#).
- **Erstes „African Fiscal Policy Forum“ hat stattgefunden**
Die *Coalition for Dialogue on Africa (CODA)* und das *South Centre* haben gemeinsam mit weiteren Akteuren ein Dialogformat initiiert, das die Themen Illicit Financial Flows und globale Unternehmensbesteuerung im Afrikanischen Kontext behandelt. Eine Aufzeichnung der Veranstaltung findet sich [hier](#).

Schattenfinanz und Geldwäsche

Verdächtiges Vermögen beschlagnahmen - aber richtig

Kurz vor Jahresende erschienen die neue Strafverfolgungsstatistik und der [dritte periodische Sicherheitsbericht](#). Darin ist zu lesen: die Zahl der Strafverfahren mit Einziehung von Vermögen ist auf mehr als 107.000 gestiegen (weil seit 2017 die Einziehung verpflichtend ist). Aber: Informationen zu Art und Wert der eingezogenen Vermögen fehlen. In der [staatsanwaltschaftlichen Statistik](#) findet man zwar einen Anstieg der Summe der sichergestellten (386 Millionen Euro) und der eingezogenen (821 Millionen Euro) Vermögen, aber es ist noch kein klarer Trend zu erkennen, auch weil die Zahlen durch Bußgelder verzerrt werden. Die Zahlen liegen außerdem nach wie vor deutlich unter denen, die Transcrime in einer auch nach mehr als sechs Jahren noch [faszinierenden Analyse](#) der Beschlagnahmungen in Italien, Frankreich und anderen europäischen Staaten gefunden hat. Den nächsten Sicherheitsbericht soll es noch in dieser Legislaturperiode geben, vielleicht sogar mit einem Schwerpunkt Vermögensabschöpfung.

Dass man Beschlagnahmung auch übertreiben kann, zeigt [ein aktueller Fall aus den USA](#): Die Polizei beschlagnahmte dort am Flughafen eine Tüte mit fast 30.000 US-Dollar in bar von einem dunkelhäutigen Schuhputzer aus New Orleans auf dem Rückweg von einem erfolglosen Autokauf. Fünf Monate später erfuhr er per Post von der Staatsanwaltschaft, dass der Staat das Geld behalten würde. Erst mit Hilfe einer NGO schaffte er es schließlich wieder an

sein Geld zu kommen. In Deutschland müssen Sicherstellungen deutlich besser begründet sein. Die außergerichtliche Einziehung durch den freiwilligen Verzicht auf die Rückgabe sichergestellten Vermögens ist aber weiter möglich und anscheinend weit verbreitet. Wie weit ist in den Statistiken nicht zu erkennen.

Weitere Nachrichten:

- **Die maltesische Finanzaufsicht hat eine Strafe von 142.000 Euro und weitere Maßnahmen gegen Insignia-Cards verhängt.** Das Unternehmen hat in der Vergangenheit reichen Kunden [anonyme Bezahlkarten](#) zur Verfügung gestellt und versäumt Geldwäscheverdachtsanzeigen einzureichen.

Sehenswert:

- SRF Sternstunde Philosophie: ["Erben - Ungerecht weil unverdient?"](#)
- WDR Investigativ: ["CumEx: Wie dein Steuergeld bei Millionären landete"](#)

Wir haben noch viel vor – unterstütze uns dabei!

Hat Dir der Newsletter gefallen? Teile ihn!



Netzwerk Steuergerechtigkeit

Weidenweg 37, 10247 Berlin

Wenn Sie für den Newsletter angemeldet sind, erhalten Sie einmal im Monat eine Mail von uns. Wenn Sie nicht angemeldet sind, erhalten Sie nur ausgewählte Emails.

[Hier können Sie sich in beiden Fällen abmelden](#)